



Info Dienst Nr. 13 / 8.07.2011

Liebe Leserin,
lieber Leser,

statt Lösungen für die Eurokrise oder die hohe Staatsverschuldung, diskutiert die Bundesregierung weiter ihre Steuersenkungspläne. Bisher werden weder Konzept noch Zahlen genannt, nur das Datum: 1. Januar 2013. Schuldenfinanzierte Steuerprivilegien, um den Koalitionspartner FDP zu stabilisieren, das scheint die einzige Absicht der Regierung Merkel.

Die Mehrheit der Menschen ist längst weiter, sie lehnen Steuersenkungen auf Pump ab. Sie sprechen sich für gute Kindertagesstätten, Schulen und für den Schuldenabbau aus. Zu Recht, denn Europa steckt nach Finanzmarktkrise und Bankenrettung in einer schweren Staatsschuldenkrise und die Bürgerinnen und Bürger in Europa müssen beobachten wie handlungsunfähig ganze Staaten wie Griechenland werden können. In Deutschland kommen in den nächsten Jahren schwierig zu kalkulierende Kosten auf den Bundeshaushalt zu: Energiewende, Bundeswehrreform und Euro-Rettung sind einige Beispiele. Aus diesem Grund erntet Kanzlerin Angela Merkel nicht nur von der Opposition Kritik für ihre Pläne, sondern auch von den eignen Ministerpräsidenten und den Kommunen. Die Länder, Städte und Gemeinden wollen und müssen handlungsfähig bleiben. Sie verweisen darauf, dass ihre finanzielle Lage weiterhin schwierig ist. Schon jetzt zeichnet sich zum Beispiel ab, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 nur schwer zu halten ist. Länder und Kommunen senden eindeutige Warnsignale.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin sowie einige meiner Aktivitäten in der politischen Sommerpause habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ist am 05. September. Über meine Aktivitäten im Wahlkreis können Sie sich auf meiner Homepage unter www.oliver-kaczmarek.de informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik
2. Panzerlieferungen an Saudi-Arabien
3. Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente
4. 40 Jahre Städtebauförderung
5. Verlängerung des UNAMID-Mandates für Darfur
6. Aktivitäten während der Sommerpause

1. Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik

Nach einer sehr intensiven Debatte über mehrere Monate wurde in dieser Sitzungswoche ein Gesetz zur Neureglung der Präimplantationsdiagnostik im Deutschen Bundestag verabschiedet. Präimplantationsdiagnostik (PID) bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Dispositionen für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

Die Entscheidung wie die PID zukünftig geregelt sein soll, ist für die meisten Abgeordneten eine Frage des Gewissens. Viele haben persönlich oder in ihrem privaten Umfeld Erfahrungen gemacht, die ein wichtiger Teil ihres Meinungsbildungsprozesses sind. Aus diesem Grund haben sich über die Parteigrenzen hinweg Abgeordnete zusammengetan und Vorschläge entwickelt.

Es lagen drei Vorschläge zur gesetzlichen Regelung vor:

- Der erste Vorschlag sah ein Verbot der PID vor. Einschränkungen oder Ausnahmeregelungen wurden als faktisch unmöglich eingeschätzt und bargen zudem die Gefahr der Ausweitung. Als Grundproblem wurde aus Sicht der Antragsteller die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränke und Menschen mit Behinderungen diskriminiere.
- Der zweite Vorschlag sprach sich für eine begrenzte Zulassung der PID aus. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteil eine genetische Veranlagung für eine Erbkrankheit vorliegt, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten Lebensjahr führt. Im Fokus stand demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die (Über)Lebensfähigkeit des Embryos.
- Der dritte Vorschlag, der in der Schlussabstimmung die Mehrheit fand, lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend. Das Kernargument der Antragsteller ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen.

In der Schlussabstimmung am Donnerstag hat der Bundestag die begrenzte Zulassung der PID mit 326 von 594 abgegebenen Stimmen verabschiedet. Ich habe diesem Antrag ebenfalls zugestimmt und meine Beweggründe auf meiner Homepage dargelegt: <http://www.oliver-kaczmarek.de/2011/07/entscheidung-fur-begrenzte-pid-freigabe>

Das beschlossene Gesetz finden Sie unter: <http://dip.bundestag.de/btd/17/054/1705451.pdf>

2. Panzerlieferung an Saudi-Arabien

Auf heftige Kritik stößt das Vorhaben der Bundesregierung, hochmoderne Kampfpanzer an das autoritäre Regime in Saudi-Arabien zu verkaufen. Deutschland darf keine Waffen,

zumal keine Panzer, die auch der inneren Unterdrückung dienen können, an Diktaturen liefern, fordert die SPD-Bundestagsfraktion. Der Panzer-Deal ist ein klarer Verstoß gegen die politischen Grundsätze zum Waffen- und Rüstungsexport.

Diese politischen Grundsätze erklären Lieferungen an Länder in Spannungsregionen als nicht genehmigungsfähig und sie regeln, dass Lieferungen in Länder, die die Menschenrechte missachten, nicht erfolgen dürfen. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, diese Entscheidung des Bundessicherheitsrates zu revidieren und die Lieferung nicht zu vollziehen.

In Saudi-Arabien, so weist das Auswärtige Amt selbst hin, gibt es keine Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenrechtler werden verfolgt, Frauenrechte unterdrückt. Die öffentliche Ausübung nicht-islamischer Religionen ist untersagt. Die saudische Armee hat zudem bei der Niederschlagung des demokratischen Volksaufstands in Bahrain mitgeholfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine förmliche Beteiligung des Bundestages und Transparenz bei Waffen- und Rüstungsexportentscheidungen der Bundesrepublik.

Information zum Bundessicherheitsrat:

„Der Bundessicherheitsrat ist ein Kabinettsausschuss der Bundesregierung. Zu seinen Kernaufgaben gehören neben der Genehmigung von Rüstungsexporten vor allem die Koordinierung deutscher Sicherheitspolitik sowie die Diskussionen und Abstimmung ihrer strategischen Ausrichtung. Seine in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Beratungen sind geheim. Es wird weder eine Tagesordnung bekannt gegeben, noch wird über sein Zusammentreffen informiert. Die Protokolle befinden sich als geheime Verschlussache in der Registratur des Bundeskanzleramtes.“

Wissenschaftlicher Dienst, Deutscher Bundestag: Aktueller Begriff Nr. 22/09 (09.05.2008)

3. Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die finanziellen Mittel für die Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsposten Arbeit und Soziales für die kommenden Jahre stark zurückgefahren werden. Bereits 2011 werden zwei Milliarden weniger für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Die Einschnitte werden in den Folgejahren jeweils um weitere zwei Milliarden vergrößert. Somit stehen ab 2014 jährlich acht Milliarden weniger für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Im Hinblick auf die drastischen finanziellen Kürzungen ist vor allem die Umwandlung zahlreicher Pflicht- in Ermessensleistungen kritisch zu betrachten. Durch fehlende Finanzmittel ist der Ermessensspielraum für die Arbeitsvermittler sehr stark eingeschränkt. Diese Maßnahme betrifft unter anderem den zu Zeiten der Großen Koalition 2008 eingeführten Gründungszuschuss für Arbeitslose sowie das gesetzlich festgeschriebene Recht von Schulabbrechern, einen Schulabschluss nachzuholen. Insbesondere dem Problem der hohen Langzeitarbeitslosigkeit – mehr als eine Million Menschen sind seit mehr als zwei Jahren arbeitslos – kann nicht mehr effektiv entgegengewirkt werden. Die Chance auf Zugang zu Arbeit wird für viele Menschen – besonders für ohnehin schon benachteiligte Gruppen – deutlich geschwächt.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, erfolgreiche Arbeitsmarktinstrumente wie Gründungszuschuss und Ausbildungsbonus als gesetzlich gesicherte Pflichtleistungen zu erhalten. Der besondere Förderbedarf von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Älteren, Jugendlichen, Menschen mit Behinderun-

gen und solchen, die gesundheitlich vorbelastet sind, muss berücksichtigt werden. Um Perspektiven für Langzeitarbeitslose ohne Chance auf Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, muss die öffentlich geförderte Beschäftigung gestärkt werden. Für eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik soll ein guter Förderrahmen geschaffen und die nötige Finanzierung bereitgestellt werden. Ziel ist es, der zunehmenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken zu können und jedem Menschen die Chance auf Teilhabe durch Arbeit zu gewähren. Dafür ist eine handlungsfähige aktive Arbeitsmarktpolitik sehr wichtig.

Auf die Auswirkungen dieser Politik der Bundesregierung für den Kreis Unna habe ich bereits letzten Monat in einem Pressegespräch gemeinsam mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren und dem Landrat Michael Makiolla hingewiesen. Die Folgen wären gerade für den Kreis Unna katastrophal. Einen Presseartikel zu dem Gespräch finden Sie unter:

<http://www.derwesten.de/staedte/unna/Kahlschlag-auf-Arbeitsmarkt-id4790501.html>

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/064/1706454.pdf>

4. 40 Jahre Städtebauförderung

Die Städtebauförderung leistet seit 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Städte und Gemeinden. Sie besteht aus verschiedenen Einzelprogrammen und hat sich als anpassungsfähiges, problemorientiertes Instrument der Stadtpolitik erwiesen. Der Erhalt historischer Stadtkerne, die Belebung von Innenstädten sowie die Aufwertung sozialer Brennpunkte sind sichtbare Wirkungen der Städtebauförderung. Daneben stößt sie in hohem Maße Investitionen an und refinanziert sich so nahezu allein über Steuereinnahmen. Durch die Kürzungen der Mittel in 2010 und 2011 werden diese Erfolge aufs Spiel gesetzt. Die Weiterentwicklung von Städten und Kommunen gerät ins Stocken, regionale Ungleichheiten werden verschärft.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert gemeinsam mit den Grünen deshalb von der Bundesregierung, dem tatsächlichen Förderbedarf von 700 Mio. € Rechenschaft zu tragen und diesen Betrag im Bundeshaushalt 2012 für die Städtebauförderung bereit zu stellen. Die Kommunen und Städte müssen neuen Herausforderungen – wirtschaftlicher Strukturwandel, demografischer Wandel, soziale Spaltung sowie Umweltbelastung und Klimawandel – frühzeitig und nachhaltig begegnen können. Die Städtebauförderung muss im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ als Aufgabe des Bundes gemeinsam mit den Ländern fortgeführt und verlässlich finanziert werden, um Ländern, Kommunen und Projektbeteiligten Planungssicherheit für mittel- und langfristige Projekte zu geben.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/064/1706444.pdf>

5. Verlängerung des UNAMID-Mandates für Darfur

Die Lage im Sudan bleibt angespannt. Immer wieder flammen Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen auf, die die ohnehin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung belasten. Auf Grundlage einer UN-Resolution befinden sich seit 2007 derzeit 23.000 Streitkräfte der Vereinten Nationen in den Krisengebieten. Das UN-Mandat für Darfur (UNAMID) beauftragt die Soldaten mit der Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer sowie der Förderung einer schnellen und effektiven Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens. Sie sollen zudem die notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten ergreifen. Dies kann auch die Anwendung von Gewalt einschließen. Der Antrag der Bundesregierung fordert die Zustimmung zu der am 19. Juni 2011 von ihr beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Darfur. Der Einsatz erfolgt inhaltlich unverändert auf Basis der

genannten UN-Resolution maximal bis November 2012 und ist auf höchstens 50 Soldaten der Bundeswehr begrenzt. Die deutsche Beteiligung an UNAMID ist ein wichtiges Zeichen insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion dem Mandat zugestimmt.

6. Aktivitäten während der Sommerpause

Der Bundestag geht nun in die parlamentarische Sommerpause. Das ist die Zeit für uns Abgeordnete, neben den Ferien auch verstärkt in den Wahlkreisen unterwegs zu sein und das Ohr an die Bedürfnisse und Gedanken der Menschen zu bekommen. An dieser Stelle habe ich einige Aktivitäten zusammen gefasst:

Innovationstour im Kreis Unna

„Lust auf was Neues? Innovation durch Bildung!“ Unter diesem Motto bereise ich in der Woche vom 11. Juli den Kreis Unna. Innovation, Bildung und Kreativität gelten als wesentliche Instrumente für Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Ausgehend von diesem Leitgedanken stehen in der Woche vom 11. Juli Betriebsbesuche, Gespräche in Bildungseinrichtungen, Treffen mit Fachleuten und eine Veranstaltung mit der NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze auf dem Programm. Ziel ist es, den Kreis Unna als Innovationsstandort mit Best Practice-Beispielen zu erkunden und Handlungsempfehlungen für die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik mitzunehmen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Stationen und Diskussionen, können Sie ab dem 11. Juli täglich auf meiner Homepage unter www.oliver-kaczmarek.de verfolgen.

Fit und gesund – nur mit einer solidarischen Gesundheitsfinanzierung!

Perspektiven der Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung in Bund und im Kreis
Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Unna zu den Perspektiven einer solidarischen Gesundheitspolitik vor Ort.

Dienstag, 12. Juli, um 19 Uhr
Zentrum für Information und Bildung, Lindenplatz 1, Unna

Bildungspolitik in Bund, Land und Kommunen - Zwischenbilanz und Perspektiven!

Veranstaltung zu den Herausforderungen der gemeinsamen bildungspolitischen Verantwortung aller politischen Ebenen mit Rüdiger Weiß, MdL und der neuen GEW-Landesvorsitzenden Dorothea Schäfer.

Mittwoch, 13. Juli, um 19 Uhr
„Treffpunkt“ VHS Bergkamen, Lessingstrasse 2, Bergkamen

Wandern mit dem Roten Rucksack

Bereits im dritten Jahr starte ich mit dem Roten Rucksack zu Wanderungen in meinem Wahlkreis. In ungezwungener Atmosphäre will ich mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen und getreu meinem Motto Orte besuchen, an denen Besonderes geleistet wird.

Im Roten Rucksack, Symbol und ständiger Begleiter meiner politischen Arbeit, befindet sich das wichtigste Rüstzeug, um meinen Wahlkreis im Bundestag zu vertreten. Bei den Wanderungen der letzten Jahre habe ich viele engagierte Menschen kennen gelernt, in spannenden Gesprächen ihre Ideen, Vorschläge und auch kritische Meinungen mit nach Berlin genommen. Deshalb lade ich die Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Jahre

wieder ein, mich auf meinen Touren durch den Wahlkreis zu begleiten und mit mir ins Gespräch zu kommen. Die beiden ersten Touren in diesem Jahr:

Bönen-Flierich – Landes Golddorf Flierich

Samstag, 09.07.2011, 14:00 Uhr

Treffpunkt: Alter Bahnhof Lenningsen, Birkenweg 16, 59199 Bönen

Kultur und Heimatgeschichtliches von Lenningsen bis zum Golddorf Flierich.

Fröndenberg – Windkraft auf dem Haarstrang

Samstag, 16.07.11, 14:00 Uhr

Treffpunkt: Bahnhof Frömern, Bahnhofstraße 2, 58730 Fröndenberg

Bei einem Spaziergang zusammen mit Vertretern von Naturschutzverbänden wollen wir uns über Chancen und Risiken des Ausbaus erneuerbarer Energien informieren.

Weitere Informationen und Routen finden Sie unter www.oliver-kaczmarek.de.

Für Auskünfte oder Anmeldungen wenden Sie sich an das Bürgerbüro in Unna:
Fon 02303 25314-30, Fax 02303 237218 oder E-Mail: oliver.kaczmarek@wk.bundestag.de

Hinweis: Um die Zustellung zu beenden, zu ändern oder zu ergänzen genügt eine Mail an die Absenderadresse.